

Stadt will vier Stellen schaffen

SCHULSOZIALARBEITER Das Land stellt die Mittel zur Verfügung – Förderung bis 2019

VON ANDREA FREGE

Vier neue Sozialarbeiter sollen schon bald in Leverkusener Schulen wirken. Die Chancen stehen trotz knapper Stadtkasse gut, erläuterte Beigeordneter Marc Adomat am Montag im Schulausschuss. Die nötigen Mittel für das neue Personal kommen vom Land. Anberaumt worden sei diese Maßnahme von der Bezirksregierung Köln, die durch die hohe Zahl von Flüchtlingen an hiesigen Schulen einen zusätzlichen Bedarf an Schulsozialarbeit sieht. Daher sollen die vier zusätzlichen Sozialarbeiter genau an den Schulen tätig werden, die von vielen Zugewanderten besucht werden.

Start im August

Dazu gehört beispielsweise das Berufskolleg an der Bismarckstraße. Die Verwaltung stellt in Kürze den nötigen Antrag auf Förderung. Wenn ein positiver Bescheid vom Land kommt, können die zusätzlichen Schulsozialarbeiter bereits im August diesen Jahres starten. Die Förderung läuft dann bis zum 31. Juli 2019. Darüber hinaus müsste die Kommune – nach aktuellem Sachstand – die Personalkosten übernehmen. Marc Adomat hatte im Vorfeld der Sitzung bereits Rücksprache mit der Kämmererei gehalten. Dort sieht man die Hände gebunden. Adomat: „Das

Finanzdezernat sagte, dass die Kosten nur durch eine Grundsteuererhöhung gestemmt werden könnten.“

Derzeit sind zehn Schulsozialarbeiter im Dienst der Stadt Leverkusen. Bernhard Marewski (CDU) wies darauf hin, dass man sich einst auch dieses Personal geleistet habe, obwohl es um die Stadtfinanzen nicht gut bestellt war.

Weiterer Antrag

„Damals wollten wir die Grundsteuer genau dafür erhöhen, brauchten es aber doch nicht“, sagte Marewski. „Einen Bedarf an Schulsozialarbeitern haben wir jedenfalls auch unabhängig von den Flüchtlingen schon gehabt.“ Sein Parteikollege Rüdiger Scholz blickte zuversichtlich ins Jahr 2019: „Die Schulsozialarbeit wird weiter gefördert werden. Bis dahin haben wir eine vernünftige Landesregierung.“

Einen weiteren Antrag wird die Stadt Leverkusen an das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellen. Darin geht es um die Einstellung eines Bildungskoordinators, der Zugewanderte auf der Suche nach den passenden Bildungsangeboten unterstützen soll. „Wir werden den Antrag zum 1. Juni stellen“, berichtete Marc Adomat. „Es handelt sich dabei um eine Vollzeitstelle. Personalkosten kommen auf uns nicht zu.“